

Verlagsort Dresden. Einzelnenpreis des Heftes 22 mm breite Seite 6 Pf.; 12 Heftmonatspreis 2 Pf. Für Einzelhefte können wir keine Gewähr leisten.

Sächsische Volkszeitung

Wöchentlich 4 mal erscheinen. Monatslicher Bezugspreis durch Träger einfl. 20 Pf. bzw. 24 Pf. Trägerlohn 1.70; durch die Post 1.70 einschließlich Postabrechnungsbüro, zusätzlich 20 Pf. Verh.-Gebühr. Einzelhefte 10 Pf., Sonntags- und Feiertagshefte 20 Pf. Abbestellungen müssen spätestens eine Woche vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich beim Verlag eingegangen sein. Unfreie Träger dürfen keine Abbestellungen entgegennehmen.

Schriftleitung: Dresden-N., Völkersplatz 17, Fernruf 20711 u. 20112. Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei und Verlag G. m. b. H., Völkersplatz 17, Fernruf 22022, Postfach: Nr. 1023, Bank: Staatsbank Dresden Nr. 24727

Dienstag, den 3. Januar 1939

In Falle von Missetat, Verbot, einseitiger Betriebsänderungen hat der Verlag über die Weiterleitung keine Ansprüche, falls die Zeitung in beschränkter Auflage, verspätet oder nicht erscheint. Druckvermittlungsstelle Dresden.

Die Aufgaben des Arbeitseinsatzes

Bisher 400 000 Dienstverpflichtete

Deutschland könnte noch eine Million freier Arbeitskräfte unterbringen

Berlin, 3. Januar. Das größte Gut, über das Deutschland verfügt, ist seine Arbeitskraft. Deutschland steht in der Erwerbsarbeit in Europa weitans an der Spitze. Die Zahl der Erwerbspersonen beträgt in Großdeutschland annähernd 40 Millionen, sie dürfte 3,8 in Frankreich und Großbritannien bei etwa 22, Italien bei 18, in Polen bei 14 Millionen liegen. Der Reichtum an Arbeitskräften verpflichtet zu einer Einheitspolitik, die den großen staatlichen Erfordernissen entspricht. In der „Sozialen Praxis“ schildert Staatssekretär Srup die vier Entwicklungsphasen der deutschen Arbeitseinsatzpolitik. Sie begannen mit dem allgemeinen Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit im Jahre 1933. In den Jahren 1934 und 1935 folgte die Lenkung des Einsatzes der Arbeitslosen, die damals noch darin bestand, Sicherzustellen, daß die Hilfsmaßnahmen sich im Interesse der arbeitslosen Bevölkerung voll auswirken konnten. In den Jahren 1936 und 1937 trat bereits die Verknappung der Arbeitskräfte in Erscheinung. Alle in dieser Zeit ergriffenen Anordnungen betrafen die Lenkung des Arbeitseinsatzes derjenigen, die neue Arbeitsplätze suchten. Die letzte Etappe schließlich bestand in der Sicherung des Kräftebedarfes für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung im Jahre 1938. Infolge des großen volkswirtschaftlichen Aufschwungs der Einsatzpflicht in größerem Ausmaß erfolgte, als zunächst angenommen wurde. Die Gesamtzahl der Verpflichteten hat rund 400 000 betragen, bei 21 Millionen Arbeitern und Angestellten etwa 2 Prozent. Aus einer Massenarbeitslosigkeit von 7 Millionen Anfang 1933 sind wir in das Jahr 1939 mit einem starken Mangel an Arbeitskräften eingetreten. Die neuen Reichsteile werden uns nur geringen Ausgleich schaffen, denn die dort noch vorhandenen

freien Arbeitskräfte werden in erster Linie zum wirtschaftlichen Aufbau ihrer Heimatländer benötigt werden. Würden wir im Gesamtreich noch über eine Million freie Arbeitskräfte verfügen, so wären diese ohne Mühe zu 250 000 in der Landwirtschaft und zu 750 000 in der übrigen Wirtschaft einzusetzen.

Da uns diese Reserve fehlt, müssen wir die Arbeit selbst rationaler und intensiver gestalten, ohne eine Überlastung der einzelnen Arbeitskraft herbeizuführen. Staatssekretär Srup betont, daß die Arbeitseinsatzpolitik immer stärker ein entscheidender Faktor der gesamten Staatspolitik wird.

Reichsausschuß für Leistungssteigerung

Der Reichswirtschaftsminister hat den Leiter des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit ermächtigt, einen Reichsausschuß für Leistungssteigerung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit zu bilden. In diesem Ausschuss sind alle Stellen, die sich mit wirtschaftlichen Rationalisierungsarbeiten beschäftigen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat die Aufgabe, die Steigerung der Wirtschaftlichkeit auf allen Gebieten der Wirtschaft planmäßig zu betreiben und zu lenken und die Gemeinschaftsarbeit auf diesem Gebiet zwischen Staat, Bewegung, Wissenschaft und Wirtschaft zu fördern. Im erweiterten Aufgabebereich des Reichskuratoriums wird es nun noch mehr als bisher bei der planvollen Ausrichtung aller für die Leistungssteigerung der Wirtschaft wesentlichen Gemeinschaftsarbeiten herangezogen werden.

Francos Vormarsch in Katalonien

Außerordentlich starke Verluste des Feindes — 2624 Gefangene und reiche Waffendeute

Bilbao, 3. Januar. Der nationalspanische Heeresbericht meldet, daß die Truppen General Francos in Katalonien weiter vordringen. Im Nordabschnitt besetzten die Soldaten des Generals Munoz Grande die Orte Ball de Piedra und Alentona sowie Rubio de Abajo, Rubio de Arriba und Rubio de Enmedio. Im Südabschnitt durchbrach General Solchaga die feindlichen Stellungen und eroberte Juncosa Torre del Espanol. Der Vormarsch dauert auch hier an.

Die Verluste des Feindes übertrafen bei weitem die der Vorkämpfer. Es wurden 2624 Gefangene gemacht und über 100 Maschinengewehre erbeutet. Ferner fielen den nationalspanischen Truppen drei große Waffenslager in die Hände.

Die nationalspanische Luftwaffe bewarf gestern die militärischen Ziele von Barcelona, Tarragona und Cartagena ausgiebig mit Bomben. Drei feindliche Jagdflugzeuge wurden abgeschossen.

Neuer japanischer Oberkommandierender an der Mittelchina-Front

Tokio, 3. Januar. Der bisherige Oberkommandierende der japanischen Truppen an der Mittelchina-Front, General Hattia, wurde nach einer Mitteilung des Hauptquartiers durch General Otago Yamada ersetzt. Wie verlautet, soll General Hattia zum Obersten Kriegsrat ernannt werden, wie zuvor General Graf Terachi, der bekanntlich durch General Sugiyama als Oberkommandierender in Nordchina abgelöst wurde.

Attentat in Tientsin

Neue Spannung um die ausländischen Konzessionen

Peking, 3. Januar. In der französischen Niederlassung von Tientsin wurde der 83jährige Präsident der Handelskammer von Tientsin, Wangtschulin, der sich nach für enge wirtschaftliche Beziehungen zwischen China und Japan eingesetzt hatte, ermordet. Der Mörder konnte unerkannt entkommen. Das japanische Generalkonsulat forderte von den französischen Verwaltungsbehörden eine genaue Untersuchung des Vorfalls und für die Zukunft eine strengere Überwachung aller japanisch-feindlichen Elemente. Infolge dieses Attentats ist die Spannung um die ausländischen Konzessionen in Tientsin, die in der letzten Zeit abgeflaut war, wieder heftiger geworden.

Für Verstärkung des französischen Offizierskorps

Eine Forderung des Generals Duchesne

Paris, 3. Januar. Im „Jour“ schlägt General Duchesne vor, die Zahl der aktiven Offiziere der französischen Armee zu erhöhen und den Offizieren der Reserve zu gestatten, länger unter den Fahnen zu bleiben. Das Parlament würde auf jeden Fall die zweijährige Dienstzeit beibehalten, obwohl mit dem Jahre 1939 das Defizit der rekrutierten Jahrgänge aufhöre und die vollen Jahrgänge wieder einfließen. Die Länge der Dienstzeit allein würde es gestatten, progressiv die Zahl der Divisionen in Friedenszeiten langsam zu erhöhen. Auch die Materialfrage würde sich in diesem Zusammenhang stellen. Hier sei aber die Möglichkeit vorhanden,

das Material der Reserve divisionen, deren Zahl verringert werden müßte, aktiven neuen Divisionen zur Verfügung zu stellen.

Seit einigen Jahren, die Bedürfnisse ununterbrochen. Das moderne Material und seine dauernde Anwendung hätten die Ausbildung in helmer Weise vereinfacht. In diesem Zusammenhang verweist General Duchesne auf die evtl. Schwierigkeiten im Mobilmachungsfall. Die Reserve-Jahrgänge und insbesondere die Reserve-Offiziere müßten eine ständige weitere Ausbildung erhalten. Man dürfe nicht vergessen, daß die geringe Zahl der aktiven Divisionen dazu zwingt, im Ernstfall die Reservisten schnell einzusetzen zu können. Es wäre heutzutage Wohnsitzen, die Reserve-Offiziere unvollkommen ausgebildet ins Feuer zu schicken; man dürfe auf keinen Fall den Fehler von 1914 wieder begehen. Das wichtigste Problem hierbei bleibe die Ausbildung der Vorkämpfer, die nicht improvisiert werden könne. Hier müsse auf jeden Fall das Notwendigste getan werden. Die Zahl der Schüler auf den Militärschulen müsse erhöht und den Reserve-Offizieren die Möglichkeit gegeben werden, falls sie es wollten, bei der aktiven Truppe zu bleiben.

Neue Antreibermethoden in Sowjetrußland

„Faulpelze und Nichtstuer“ werden obdachlos gemacht.

Moskau, 3. Januar. Sämtliche Moskauer Blätter veröffentlichen eine Verordnung des Generalstaatsanwaltes W. S. K. an alle ihm unterstellten Organe, wonach in Zukunft entsprechend den zum Jahresabschluss erlassenen neuen Bestimmungen über die Arbeitsgesetzgebung die Staatsanwaltschaft in allen Fällen der „Verletzung der Arbeitsdisziplin“ unverzüglich und mit voller Anwendung der vorgesehenen Strafen gegen die Schuldigen vorzugehen habe. „Faulpelze und Nichtstuer“ unter der Arbeiterschaft sollen demnach unanachlässig zur Verantwortung gezogen und mit Entlassung, Ausweisung aus den ihnen zur Verfügung gestellten Wohnungen usw. bestraft werden.

Wieder ein Volkstommisar „verschwinden“

Moskau, 3. Januar. Die Blätter veröffentlichen eine Regierungsverordnung, wonach das bisherige Volkstommisariat für Leichtindustrie in zwei voneinander getrennte Volkstommisariate aufgeteilt werden soll, und zwar in ein Volkstommisariat für Leichtindustrie und ein Volkstommisariat für Textilindustrie. Dem neugebildeten Volkstommisariat für Textilindustrie sollen alle Unternehmungen der Baumwoll-, Wolle-, Leinen-, Seide-, Kunstseide- und Watta verarbeitenden Industrie unterstellt werden.

Zum Volkstommisariat für Textilindustrie wurde der bisherige Vorsitzende des Leningrader Stadtkomitees, Kossigin, ernannt, zum Volkstommisariat für Leichtindustrie der bisherige Stellvertreter Volkstommisariat Luchin. Durch die Reorganisation ergibt sich ferner, daß der bisherige Volkstommisariat für Leichtindustrie, Scheftakow, der nur wenig über ein Jahr im Amt war, seines Postens in aller Stille entlassen worden ist. Scheftakow ist der 18. von insgesamt 27 Volkstommisariaten der Sowjetunion, die im Laufe eines Jahres „verschwinden“ sind.

Flottenprobleme 1939

Das deutsch-englische Flottenabkommen wird gegenwärtig durch zusätzliche Vereinbarungen ergänzt. Seit den letzten Absprachen zwischen der deutschen und britischen Admiralität im Jahre 1937 sind diese Ergänzungen stets im Bereich des Möglichen gewesen, erst recht nach den gewaltigen Seerauflüstungsprogrammen der Weltmächte in allen Erdteilen. Dennoch richtete sich der bisherige Neubau der deutschen Flotte zunächst ganz nach den Grundrissen aus, die zum Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens von 1935 führten und den Rahmen für Deutschlands Anrecht auf Seegeltung und Seemacht absteckten. Es erscheint deshalb im gegenwärtigen Augenblicke angebracht, diese Grundzüge nochmals klar auszusprechen und anzuzeigen, in welcher Weise sie den Ausbau der deutschen Kriegsmarine bestimmen haben.

Die Seemacht — und die Kriegsmarine besonders — ist nicht Selbstzweck, sondern sie ist dazu da, unseren Volk den Weg in die Welt zu weisen. Die freiwillige Beschränkung der deutschen Flottenstärke auf 35 Prozent der englischen Flotte ließ keinen Zweifel über Deutschlands Bereitwilligkeit, die Rechte der anderen Flottenmächte voll anzuerkennen. In einem wichtigen Punkte gestand England schon beim Abschluß des Abkommens dem Deutschen Reich eine Ausnahme von der Vorschrift des Verhältnisses der beiden Flottenstärken von 35 v. H. zu: im Unterseebootsbau. Deutschland erhielt das Recht auf gleiche Unterseebootstonnage wie England, erklärte sich jedoch freiwillig dazu bereit, vorläufig nicht mehr als 45 Prozent der entsprechenden englischen Tonnage in Anspruch zu nehmen.

Bereits 14 Tage nach Abschluß des Flottenabkommens wurde das neue deutsche Flottenbauprogramm veröffentlicht. Es bedeutete die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit auch für die Kriegsmarine. Zwei Schlachtschiffe von je 26 000 t, zwei schwere Kreuzer von je 10 000 t, 16 Zerstörer von je 1825 t, zwei Unterseeboote von je 712 t, sechs Unterseeboote von je 500 t und 20 Unterseeboote von je 250 t. Ein Jahr später erweiterte sich das Bauprogramm um zwei Schlachtschiffe von je 35 000 t, einen Flugzeugträger von 19 250 t, einen schweren Kreuzer von 10 000 t und eine Reihe von kleineren Einheiten. Die Schlachtschiffe „Scharnhorst“ und „Gneisenau“ und die beiden schweren Kreuzer „Admiral Hipper“ und „Blücher“, dazu der Flugzeugträger „Graf Zeppelin“ ließen u. a. von den größten Schiffen dieser Programme vom Stapel. Trotz dieser großartigen Wiederaufrichtung der deutschen Seemacht in kürzester Zeit, von der die Flottenparade im Vorjahre anlässlich des Besuchs Admiral Hortys und des Stapellaufs und Tauffestes des dritten schweren Kreuzers „Prinz Eugen“ in Kiel eindrucksvoll zeugte, waren indes die im Flottenabkommen zugestandene Tonnageziffern noch nicht voll in Anspruch genommen.

Auch in der U-Boot-Waffe hat Deutschland bis heute tonnagemäßig noch nicht 45 Prozent der englischen Tonnage erreicht. Selbstverständlich haben hohe Stellen der deutschen Kriegsmarine schon des öfteren auf Deutschlands Absicht hingewiesen, alle Baumöglichkeiten des Flottenabkommens zu erschöpfen. Schon im Jahre 1937 rechnete man damit, daß etwa nach sechs Jahren, also etwa 1943, die deutsche Kriegsmarine die ihr nach dem Abkommen zustehende Stärke erreicht haben werde. Wenn inzwischen diese Planungen Veränderungen erfahren haben, so kommen sie auf das Konto der umfangreichen Bauprogramme, die andere Staaten, namentlich England, in der letzten Zeit im Angriff genommen haben. Von besonderer Bedeutung ist vor allem die Aufwertbarkeit, die alle Flottenmächte dem U-Boot-Wasser-Boot-Wasser-Wasser gewidmet haben. Von der auf früheren Konferenzen vielfach propagierten Ansicht, die U-Boot-Waffe überhaupt abzuschaffen, kann heute keine Rede mehr sein. Rußland mit seinen 180 Unterseebooten nützt auch alle anderen Mächte, dieser ebenso mächtigen wie gefährlichen Waffe ihr Augenmerk zu belassen.

Schiffe, die unter Wasser fahren konnten, baute man schon vor 150 Jahren. Es heißt sogar, daß Napoleon auf dem Unterwasserwege von St. Helena entführt werden sollte. Deutschland begann mit dem Bau von Unterseebooten 1909. Möglicherweise hätten die heldenhaften Taten der deutschen U-Boot-Soldaten den Weltkrieg entschieden, wenn man den Wert dieser Waffe rechtzeitig erkannt hätte. Allein bis zum Kriegsbeginn besaß die kaiserliche deutsche Kriegsmarine nur 21 U-Boote, denen noch viele Fehler anhafteten, bei der Schwierigkeit von Rekonstruktionen allerdings eine Selbstverständlichkeit, mit der heute auch die Schiffbauer der neuen Riesenschlachtschiffe durchaus rechnen. Daß Deutschland aus dem zu späten Einsatz der U-Boot-Waffe keine Lehren gezogen hat, beweisen die neuen nationalsozialistischen Unterseeboote ebenso wie die Sonderkaufen, die ihnen im deutsch-englischen Flottenabkommen ausdrücklich zugelassen wurden.

Daß die Ansprüche der totalitären Staaten im übrigen die Rechte der angelsächsischen Mächte auf Seemacht in keiner Weise antasten, mag weiter ein Vergleich zwischen den in Dienst gestellten, in Bau begriffenen